

## — Stadtrat —

# Kritik am LEP manifestiert

**Gütersloh** (din). Der Stadtrat hat am Freitag Bürgermeisterin Maria Unger (SPD) autorisiert, die sogenannte Detmolder Erklärung zum Entwurf des Landesentwicklungsplans (LEP) zu unterzeichnen. Darin wird die Besorgnis zum Ausdruck gebracht, dass in dem Entwurf wirtschaftlichen Notwendigkeiten und der Planungshoheit der Kommunen nicht genügend Rechnung getragen werde. Ähnlich wird es in der Stellungnahme der Stadtverwaltung dargestellt, die ebenfalls am Freitag mehrheitlich befürwortet wurde. In einer am Samstag verbreiteten Mitteilung bekennen sich die Gütersloher Grünen zum LEP, weil darin unter anderem ein sparsamer Umgang mit Flächen vorgegeben werde. Außerdem kritisiert Ratsfrau Birgit Niemann-Hollatz das Verhalten der SPD-Fraktion als „unverständlich und inkonsequent“, weil sie von ihrer bisherigen Linie abgewichen sei.

# Lärmschutz amHüttenbrink

Gütersloh-Spexard(rec). Die CDU-Ratsfraktion fragt nach, was aus dem geplanten Lärmschutzwall für die Siedlung am Hüttenbrink in Spexard geworden ist. Seitdem die Lärm-Messergebnisse für die Autobahn A 2 vorliegen, seien bereits mehrere Monate vergangen, in denen nichts weiter passiert sei.

Die Anwohner klagten mehr denn je über wachsenden Verkehrslärm von der benachbarten Autobahn A 2. In einer Eingabe an den Planungsausschuss fragt die CDU unter anderem nach dem aktuellen Stand und ob es eine zeitliche Frist zur Umsetzung des Lärmschutzwalls gibt. Ferner interessiert die CDU, in welcher Art der Schallschutz ausgeführt werden soll. Seien bereits Gespräche zum notwendigen Grundstückserwerb mit Grundeigentümern geführt worden? Der Bau neuer gewerblicher Immobilien auf der südlichen Seite der A 2 Sorge dafür, dass der Lärm der Autobahn zusätzlich in Richtung der Siedlung Am Hüttenbrink zurück geworfen werde. Die CDU frage darum, welche Schallschutzmaßnahmen gegen diese zusätzliche Belastung ergriffen werden können. Schließlich interessiert die Fraktion auch, ob ein Tempolimit von 120 Stundenkilometern auf der A 2 durchgesetzt werden könne.

## Rat bekräftigt Kritik am LEP

Gütersloh(rec). Bürgermeisterin Maria Unger (SPD) ist ermächtigt, die Detmolder Erklärung zum Landesentwicklungsplan (LEP) zu unterzeichnen. Gegen die Stimmen der Grünen, doch mit jenen der SPD hat der Gütersloher Rat die Bürgermeisterin autorisiert, die Besorgnis der Stadt zum Ausdruck zu bringen, dass im LEP wirtschaftlichen Notwendigkeiten und der Planungshoheit der Kommunen nicht genügend Rechnung getragen wird. In diesem Sinne nimmt auch die Stadt Stellung. Dagegen teilen die Gütersloher Grünen noch einmal ihr Bekenntnis zum LEP mit. Darin werde unter anderem ein sparsamer Umgang mit Flächen vorgegeben.

Text   

# Bürgermeisterin einig mit Konservativen

Kritik an Landesentwicklungsplan / Mehrheit im Rat

VON RAINER HOLZKAMP

■ **Gütersloh.** Am Ende ist es zwar nicht auf ihre Stimme angekommen. Doch Bürgermeisterin Maria Unger hat beim heiklen Thema Landesentwicklungsplan (LEP) im Rat konsequent für die kritische bis ablehnende Stellungnahme ihrer Verwaltung votiert. In der Gesamtabstimmung sorgte Unger gemeinsam mit CDU, FDP, UWG und dem inzwischen fraktionslosen früheren FDP-Ratsherrn Hans-Dieter Krause für klare Verhältnisse. Widerspruch kam nur von den Grünen, der BfGT und dem fraktionslosen Manfred Reese (Linke). Die SPD enthielt sich.

In allen Punkten unterstützte die Bürgermeisterin die Verwaltungsvorlage. Gütersloh als wirtschaftsstarke Region brauche Entwicklungsmöglichkeiten, insbesondere im Bereich

Gewerbe. Eine bedarfsgerechte und flexible Flächenplanung sei ein entscheidender Standortfaktor, gab sie zu verstehen.

Gleichwohl war im Vorfeld darüber spekuliert worden, ob die SPD-Bürgermeisterin dennoch den neuen LEP-Entwurf unterstützt. Schließlich ist das Papier von der Staatskanzlei der rot-grünen Landesregierung erarbeitet worden.

Vor diesem Hintergrund tat sich die SPD-Fraktion bei der Abstimmung schwer. Fünf der zehn Punkte umfassenden Stellungnahme lehnte sie zwar ab. Unter anderem betraf das die Formulierung, es würden für den künftigen Wohnungsbau und die Gewerbeentwicklung hohe Hürden aufgestellt und der Gestaltungsspielraum erheblich beschränkt. Bei der Gesamtabstimmung konnte sich die SPD

hingegen nicht zu einem Nein durchringen.

Nicht nur diesen Umstand nahmen die Grünen anschließend zum Anlass, der SPD Orientierungslosigkeit vorzuwerfen. Als besonders unverständlich und inkonsequent bezeichnete Birgit Niemann-Hollatz das Verhalten der Sozialdemokraten in Sachen „Detmolder Erklärung“. Jetzt habe die SPD der Erklärung zugestimmt, obwohl diese in ihrer Kritik am LEP viele weiter gehe, als die Verwaltung die Ziele des LEP grundsätzlich in Frage stelle.

Bei der „Detmolder Erklärung“ handelt es sich um eine von CDU, SPD, FDP und Freien Wählern im Regionalrat vorgelegte Resolution, die mit dem LEP-Entwurf hart ins Gericht geht. Zugleich werden ange-

messene Entwicklungsmöglichkeiten auch im ländlichen Raum gefordert. Wie mehrfach be-

richtet, soll der Flächenverbrauch mit dem Planungsinstrument LEP deutlich gesenkt, auf lange Sicht gar auf null heruntergefahren werden.

Nachdem der Stadtrat die Bürgermeisterin nun dazu legitimiert hat, die „Detmolder Erklärung“ zu unterzeichnen, sollte noch gestern ein entsprechendes Schreiben an den Regionalrat geschickt werden. Das bestätigte Stadtsprecherin Elisabeth Menke. Zuvor waren bereits mehrere andere Stadt- oberhäupter und Landräte in OWL zu dem Schritt ermächtigt worden. Denn: Es brodelte allerorten, da sich die Region klar im Nachteil gegenüber dem Ruhrgebiet und dem Rheinland mit ihren zahlreichen Brachflächen sieht, die laut LEP für Neuansiedlung zur Verfügung gestellt werden sollen.

## Schreiben an den Regionalrat

© 2014 Neue Westfälische  
07 - Gütersloh, Dienstag 04. März 2014

Artikel speichern mit rechter Maustaste -> Bild/Grafik speichern unter...